



Auftragsverarbeitungsvereinbarung gem. Art. 28 DSGVO

zu den Auftrag Nrn.

Vereinbarung

Zwischen der

1. **Bayerische Ärzteversorgung**
2. **Bayerische Apothekerversorgung**
3. **Bayerische Architektenversorgung**
4. **Bayerische Ingenieurversorgung-Bau mit Psychotherapeutenversorgung**
5. **Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung**
6. **Bayerischer Versorgungsverband mit Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden**
7. **Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen**
8. **Versorgungsanstalt der deutschen Kulturensembles**

alle juristische Personen des öffentlichen Rechts,

jeweils gesetzlich vertreten durch die

Bayerische Versorgungskammer, Denninger Str. 37, 81925 München

– jeweils als Verantwortliche, nachstehend Auftraggeber genannt –

und dem/der

– Auftragsverarbeiter, nachstehend Auftragnehmer genannt –

Präambel

Die Auftraggeber sind jeweils Eigentümer eines wechselnden Bestands von Immobilienobjekten, bei deren Vermietung sie objektbezogen Gebäudedienstleistungen unter anderem des Auftragnehmers in Anspruch nehmen. Die nachfolgende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung (AVV) konkretisiert für die Parteien die Rechte und Pflichten, die sich gemäß den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) aus den mit dem Auftragnehmer bestehenden Auftragsverhältnissen ergeben.

1. Gegenstand und Dauer des Auftrags

1.1 Gegenstand

Die von dem Auftragnehmer betreuten Immobilienobjekte und die dazu mit dem Auftragnehmer bestehenden Vereinbarungen über Gebäudedienstleistungen einschließlich Hausmeisterdienste (im Folgenden: Gebäudedienstleistungsverträge) sind in Anlage 1 zu dieser AVV aufgeführt. Der Gegenstand des Auftrags ergibt sich aus sämtlichen zwischen den Auftraggebern und dem Auftragnehmer abgeschlossenen Gebäudedienstleistungsverträgen - einschließlich kurzfristig übernommener Vertretungen.

1.2. Erfüllungsort

Die Erfüllung der Gebäudedienstleistungsverträge erfolgt ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. Jede Verlagerung der Auftragserfüllung oder von Teilarbeiten in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

1.3. Dauer

Die Dauer dieser AVV (Laufzeit) entspricht jeweils den Laufzeiten der Gebäudedienstleistungsverträge. Unabhängig hiervon können sich aus dieser AVV Verpflichtungen der Parteien ergeben, wie beispielsweise die Verschwiegenheitspflicht, die auch nach Beendigung des Vertrags fortwirken. Die Verpflichtungen aus dieser AVV gelten auch für die Vorbereitungsphase der Vertragsdurchführung, insbesondere wenn dem Auftragnehmer zu Schulungszwecken bereits vorab Zugriff auf die personenbezogenen Daten aus den betroffenen Mieterakten gewährt wird.

1.4 Die Auftraggeber können einen oder alle Gebäudedienstleistungsverträge fristlos kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragnehmers gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieses AVV vorliegt, der Auftragnehmer eine Weisung der Auftraggeber nicht ausführen kann oder will oder der Auftragnehmer Kontrollrechte der Auftraggeber entgegen dieser AVV verweigert.

2. Art und Zweck der Verarbeitung

Art und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer sind in den Gebäudedienstleistungsverträgen nach Anlage 1 konkret beschrieben.

Weitere Einzelheiten der Datenverarbeitung (insbesondere deren Erhebung, Nutzung, Speicherung oder Übermittlung) sind in Anlage 2 näher beschrieben.

3. Art / Kategorien der personenbezogenen Daten

Die Art bzw. die Kategorien der zu verarbeitenden personenbezogenen Daten sind in den jeweiligen Gebäudedienstleistungsverträgen konkret beschrieben unter

oder

Gegenstand der Verarbeitung sind folgende Arten bzw. Kategorien personenbezogener Daten:

Adressdaten
 Kontaktdaten
 Vertragsdaten
 Bankverbindungsdaten
 Abrechnungsdaten
 Gesprächshistorie
 Auskünfte
 Mitarbeiterdaten
 Videoaufzeichnungen
 Fotos zur Dokumentation des Bestands

Sonstige: _____

4. Kategorien betroffener Personen

Die Kategorien der durch die Verarbeitung betroffenen Personen sind in den jeweiligen Gebäudedienstleistungsverträgen konkret beschrieben unter _____

oder

Die Kategorien der durch die Verarbeitung betroffenen Personen umfassen:

Mitarbeiter
 Angehörige
 Interessenten
 Lieferanten/Dienstleister
 Makler

Vermittler

Mieter

Geschädigte

Zeugen

Kontaktpersonen

Sonstige: _____

5. betrieblicher Datenschutzbeauftragter

Beim Auftragnehmer ist als Beauftragte(r) für den Datenschutz Herr/Frau (Vorname, Name, Organisationseinheit, Telefon) bestellt:

Ein Wechsel der/des Datenschutzbeauftragten ist dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

oder

Ein(e) betriebliche(r) Datenschutzbeauftragter ist beim Auftragnehmer nicht bestellt, da die gesetzliche Notwendigkeit für eine Bestellung nicht vorliegt. Als Ansprechpartner beim Auftragnehmer wird Herr/Frau (Vorname, Name, Organisationseinheit, Telefon) benannt:

6. Rechte und Pflichten des Auftraggebers

6.1 Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Verarbeitung sowie für die Wahrung der Rechte der betroffenen Personen nach den Art. 12 bis 22 DSGVO ist der Auftraggeber verantwortlich. Gleichwohl ist der Auftragnehmer verpflichtet, alle solche Anfragen, sofern sie erkennbar ausschließlich an den Auftraggeber gerichtet sind, unverzüglich an diesen weiterzuleiten.

6.2. Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes und Verfahrensänderungen sind gemeinsam zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzustimmen und schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format festzulegen.

6.3 Der Auftraggeber erteilt alle Aufträge, Teilaufträge und Weisungen in der Regel schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

6.4 Der Auftraggeber hat das Recht, sich im Benehmen mit dem Auftragnehmer vor Beginn der Verarbeitung und sodann regelmäßig in angemessener Weise von der Einhaltung der beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutz personenbezogener Daten sowie von den in dieser AVV festgelegten Verpflichtungen zu überzeugen.

6.5 Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt.

6.6 Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle im Rahmen des Auftrags erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung des Auftragsverhältnisses bestehen.

7. Rechte und Pflichten des Auftragnehmers

7.1 Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und der von ihm zu dokumentierenden Weisungen des Auftraggebers sowie entsprechend den Regelungen der DSGVO, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten verpflichtet ist. In letzterem Fall teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet.

7.1.1 Der Auftragnehmer verwendet die zur Verarbeitung überlassenen Daten ausschließlich zur Erfüllung des Auftrags, nicht für andere Zwecke und insbesondere nicht für eigene Zwecke. Kopien der Daten werden, ohne dass sie im Auftragsverhältnis oder in dieser AVV geregelt sind, nicht erstellt.

7.1.2 Der Auftragnehmer berichtigt, löscht oder sperrt die vertragsgegenständlichen Daten, wenn der Auftraggeber dies anweist und dies vom Weisungsrahmen umfasst ist, es sei denn, die Weisung widerspricht etwaigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten.

7.1.3 Der Auftragnehmer nennt dem Auftraggeber Ansprechpartner für im Rahmen des Vertrages anfallende Weisungen. Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der Ansprechpartner sind dem Auftraggeber die neuen maßgeblichen Kontaktdaten unverzüglich anzuzeigen.

7.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der auftragsgemäßen Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Auftraggebers die Vertraulichkeit zu wahren. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass es den mit der Verarbeitung der Daten des Auftraggebers befassten Beschäftigten und anderen für den Auftragnehmer tätigen Personen untersagt ist, die Daten außerhalb der Weisung zu verarbeiten. Ferner gewährleistet der Auftragnehmer, dass die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen in geeigneter Weise zur Vertraulichkeit verpflichtet wurden oder einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Die Vertraulichkeits-/Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Auftrages fort.

7.3 Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber nach Möglichkeit mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen bei der Erfüllung von Anträgen betroffener Personen auf Wahrnehmung ihrer Rechte nach Art. 12 bis 22 DSGVO.

7.4 Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber unter Berücksichtigung der ihm zur Verfügung stehenden Informationen bei der Einhaltung der in den Art. 32 bis 36 DSGVO genannten Pflichten. Insbesondere teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich Störungen, Ver-

stöße des Auftragnehmers oder der bei ihm beschäftigten Personen sowie gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder die im Auftrag getroffenen Festlegungen sowie den Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten mit. Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf eventuelle Melde- und Benachrichtigungspflichten des Auftraggebers nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragnehmer sichert zu, den Auftraggeber erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen.

7.5 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass sich der Auftraggeber von der Einhaltung der Pflichten des Auftragnehmers nach Art. 28 DSGVO überzeugen kann. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber auf Anforderung die erforderlichen Auskünfte und Nachweise zur Verfügung zu stellen. Der Nachweis kann erfolgen durch

- a) die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln gemäß Art. 40 DSGVO;
- b) die Zertifizierung nach einem genehmigten Zertifizierungsverfahren gemäß Art. 42 DSGVO;
- c) aktuelle Testate, Berichte oder Berichtsauszüge unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, Revision, Datenschutzbeauftragter, Datenschutzauditoren, Qualitätsauditoren);
- d) eine geeignete Zertifizierung durch Datenschutzaudit (z.B. nach SDM).

7.6 Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich, wenn er der Auffassung ist, dass eine Weisung gegen gesetzliche Vorschriften verstößt. Ist die Rechtmäßigkeit einer Weisung zweifelhaft, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Durchführung der Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Auftraggeber bestätigt oder geändert wird. Stehen schwere Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Raum oder nimmt der Auftragnehmer bei weisungsgemäßem Handeln das Risiko einer strafbaren Handlung auf sich, darf er die Umsetzung der Weisung darüber hinaus aussetzen, bis die Parteien eine einvernehmliche Lösung gefunden haben.

7.7 Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich über Kontrollhandlungen und Maßnahmen der Aufsichtsbehörde, soweit sie sich auf diesen Auftrag beziehen. Dies gilt auch, soweit eine zuständige Behörde im Rahmen eines Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahrens in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Auftragsverarbeitung beim Auftragnehmer ermittelt.

8. Gewährleistung der Datensicherheit

8.1 Der Auftragnehmer gestaltet seine innerbetriebliche Organisation so, dass sie den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Er trifft insbesondere **geeignete technische und organisatorische Maßnahmen**, um einen dem Risiko angemessenen Schutz der Daten des Auftraggebers zu gewährleisten. Er trifft diese technischen und organisatorischen Maßnahmen so, dass die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf Dauer sichergestellt sind. Dabei sind der Stand der Technik, die Implementierungskosten und die Art, der Umfang und die Zwecke der Verarbeitung sowie die unterschiedliche Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere des Risikos für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zu berücksichtigen.

8.2 Der Auftragnehmer hat die risikobasierten technischen und organisatorischen Maßnahmen im Vorfeld der Auftragsvergabe zu dokumentieren und dem Auftraggeber zur Prüfung zu übergeben. Die Dokumentation erfolgt im Regelfall über Anlage 3 zu dieser AVV. Sie erfolgt durch

a) aktuelle Testate, Berichte oder Berichtsauszüge unabhängiger Instanzen (z.B. Revision, IT-Sicherheitsabteilung);

b) eine geeignete Zertifizierung durch IT-Sicherheitsaudit (z.B. nach BSI-Grundschutz),

sofern das Ausmaß der Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Gebäudedienstleister nach Anlage 2 eine signifikante Beeinträchtigung der datenschutzrechtlichen Rechte und Freiheiten der Mieter möglich erscheinen lässt.

Bei Akzeptanz durch den Auftraggeber werden die dokumentierten Maßnahmen zum Gegenstand des Auftrags. Soweit die Prüfung des Auftraggebers einen Anpassungsbedarf ergibt, ist dieser einvernehmlich umzusetzen.

8.3 Die technischen und organisatorischen Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt und der Weiterentwicklung. Insoweit ist es dem Auftragnehmer gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind zu dokumentieren.

8.4 Die Verarbeitung von Daten in Privatwohnungen (Tele- bzw. Heimarbeit von Beschäftigten des Auftragnehmers) ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers gestattet. Die Datenschutzkonformität der Verarbeitung ist auch hier durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Insbesondere sind die Maßnahmen nach Art. 32 DSGVO zu gewährleisten.

8.5 Für den Fall, dass der Auftraggeber dem Auftragnehmer die Berechtigung zum Fernzugriff erteilt, finden die Sicherheitsregelungen für Fernzugriff der Bayerischen Versorgungskammer in der jeweils aktuellen Fassung Anwendung. Für die Beurteilung der Zulässigkeit des Fernzugriffs sowie für die Wahrung der Rechte der Betroffenen bleibt der Auftraggeber verantwortlich.

9. Unterauftragsverhältnisse

9.1 Die Beauftragung von Subunternehmern zur Verarbeitung von Daten des Auftraggebers ist dem Auftragnehmer nur mit Genehmigung des Auftraggebers gestattet, welche auf einem der in Ziffer 6.3 genannten Kommunikationswege mit Ausnahme der mündlichen Gestattung erfolgen muss. Die Zustimmung kann nur erteilt werden, wenn der Auftragnehmer dem Auftraggeber Namen und Anschrift sowie die vorgesehene Tätigkeit des Subunternehmers mitteilt. Außerdem muss der Auftragnehmer dafür Sorge tragen, dass er den Subunternehmer unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von diesem getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen im Sinne von Art. 32 DSGVO sorgfältig auswählt. Die relevanten Prüfunterlagen dazu sind dem Auftraggeber auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.

9.2 Eine Beauftragung von Subunternehmern in Drittstaaten darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

9.3 Der Auftragnehmer hat vertraglich sicherzustellen, dass die vereinbarten Regelungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer auch gegenüber Subunternehmern gelten. In dem Vertrag mit dem Subunternehmer sind die Angaben so konkret festzulegen, dass die Verantwortlichkeiten des Auftragnehmers und des Subunternehmers deutlich voneinander abgegrenzt werden. Werden mehrere Subunternehmer eingesetzt, so gilt dies auch für die Verantwortlichkeiten zwischen diesen Subunternehmern. Insbesondere muss der Auftraggeber berechtigt sein, im Bedarfsfall angemessene Überprüfungen und Inspektionen, auch vor Ort, bei Subunternehmern durchzuführen oder durch von ihm beauftragte Dritte durchführen zu lassen.

9.4 Der Vertrag mit dem Subunternehmer muss schriftlich abgefasst werden, was auch in einem elektronischen Format erfolgen kann.

9.5 Die Weiterleitung von Daten an den Subunternehmer ist erst zulässig, wenn der Subunternehmer die Verpflichtungen nach Art. 29 und Art. 32 Abs. 4 DSGVO bezüglich seiner Beschäftigten erfüllt hat.

9.6 Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Pflichten des/der Subunternehmer(s) zu überprüfen. Das Ergebnis der Überprüfungen ist zu dokumentieren und dem Auftraggeber auf Verlangen zugänglich zu machen.

9.7 Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Auftraggeber dafür, dass der Subunternehmer den Datenschutzpflichten nachkommt, die ihm durch den Auftragnehmer im Einklang mit dem vorliegenden Vertragsabschnitt vertraglich auferlegt wurden.

9.8 Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber immer über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung neuer oder die Ersetzung bisheriger Subunternehmer, wodurch der Auftraggeber die Möglichkeit erhält, gegen derartige Änderungen Einspruch zu erheben. Im Falle eines Einspruchs des Auftraggebers darf die beabsichtigte Änderung nicht vorgenommen werden.

10. Pflichten nach Beendigung des Auftrags

Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten hat der Auftragnehmer sämtliche in seinen Besitz sowie an Subunternehmen gelangte Daten, Unterlagen und erstellte Verarbeitungs- oder Nutzungsergebnisse, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Auftraggeber auszuhändigen oder datenschutzgerecht zu löschen bzw. zu vernichten/vernichten zu lassen. Die Löschung bzw. Vernichtung ist dem Auftraggeber mit Datumsangabe schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

11. Sonstige Bestimmungen

11.1 Für den Fall, dass die den jeweiligen Gebäudedienstleistungsverträgen, deren Bestandteil dieses Dokument ist, zugrundeliegenden Vertragsbedingungen nur eine Haftungsbegrenzung zugunsten des Auftragnehmers enthalten, findet diese auf die Haftung des Auftraggebers aus dieser AVV entsprechende Anwendung.

11.2 In Abänderung zu etwaigen Altverträgen mit dem Vertragsgegenstand der Auftragsverarbeitung werden die dort vereinbarten Regelungen durch diese AVV ersetzt.

11.3. Die aufgeführten Anlagen sind Teil dieser AVV.

Unterschriften

Bayerische Versorgungskammer

(Name des Auftragnehmers)

München, _____

_____, _____

(Ort)

(Datum)

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Vorname, Name)

(Vorname, Name)

(Titel, Organisation)

(Titel, Organisation)

Anlage 1: Liste der mit dem Auftragnehmer bestehenden Gebäudedienstleistungsverträge

Anlage 2: Ergänzungen zu Art und Zweck der Datenverarbeitung

Anlage 3: Technisch-organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO

Anlage 4: Liste der Unterauftragnehmer

Anlage 1 (Zu Ziffer 1.1: Liste der erfassten Gebäudedienstleistungsverträge)

Die vorstehende AVV bezieht sich auf folgende mit dem Auftragnehmer bestehende Aufträge:

- | | |
|--------------------|-----|
| 1. BVK-Auftrag Nr. | vom |
| 2. BVK-Auftrag Nr. | vom |
| 3. BVK-Auftrag Nr. | vom |
| 4. BVK-Auftrag Nr. | vom |
| 5. BVK-Auftrag Nr. | vom |
| 6. BVK-Auftrag Nr. | vom |
| 7. BVK-Auftrag Nr. | vom |
| 8. BVK-Auftrag Nr. | vom |

Anlage 2 (Zu Ziffer 2: Ergänzungen zu Art und Zweck der Datenverarbeitung)

Weitere Einzelheiten zu Umfang, Art und Zweck der Datenerhebung, -verarbeitung oder -nutzung sind:

- Erhebung, Weiterleitung, Verwendung von personenbezogenen Daten aus Interessentenbögen bzw. Wohnungsbewerbungsbögen zur Besichtigung von Wohnungen, Kellern und Tiefgaragenstellplätzen im Rahmen der Vertragsanbahnung (in Papierform bzw. digital)
- Erhebung, Weiterleitung, Verwendung von personenbezogenen Daten im Rahmen von Wohnungsübergaben bzw. Rücknahme-Prozesse für entsprechende Protokolle (in Papierform bzw. digital)
- Erhebung, Weiterleitung, Verwendung von personenbezogenen Daten zur Terminvereinbarung, Inaugenscheinnahme, Beauftragung, Überwachung und Kontrolle von erforderlichen Instandhaltungs-/Instandsetzungs-/Mängelbeseitigungs-/Reparaturmaßnahmen/Wartungsarbeiten (in Papierform bzw. digital)
- Verwendung von personenbezogenen Kontaktdaten (Telefonnummern, E-Mailadressen) nach erfolgter Kündigung zur Vereinbarung von Besichtigungsterminen mit Dritten von Wohnungen, Kellern, Stellplätzen
- Erarbeitung, Verwendung, Weiterleitung von objektbezogenen Mieteradressdaten zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen aus dem Mietvertrag (insbes. Zustellung von Heiz- bzw. Betriebskostenabrechnungen oder sonstiger Schreiben) in Papierform bzw. digital
- Erarbeitung, Verwendung, Weiterleitung von objektbezogenen Mietadressdaten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen (insbes. Sicherstellung der Durchführung bzw. Überwachung von Betreiberpflichtungen) in Papierform bzw. digital

Anlage 3 (Zu Ziffer 8.2: Dokumentation der nach Art. 32 DSGVO zu treffenden technischen und organisatorischen Maßnahmen)

Organisatorische Maßnahmen (Zutreffendes bitte ankreuzen bzw. ergänzen):

1. Zutrittskontrolle

- ☐ Elektronisches Zutrittskontrollsystem
- ☐ Sicherheitstüren und/oder -fenster

Gitter vor Fenstern und Türen
 Werkschutz, Pförtner
 Alarmanlage
 Videoüberwachung
 Spezielle Schutzvorkehrungen für den Serverraum
 Verschließbare u. verschlossene Büroräume

Sonstige: _____

2. Besucherkontrolle

Besucherprotokoll durch Empfang oder Mitarbeiter
 Begleitung des Besuches durch autorisierte Person

Sonstige: _____

3. Verpflichtung zur Vertraulichkeit

Schriftliche Verpflichtung der Mitarbeiter zur Vertraulichkeit im Umgang mit personenbezogenen Daten

4. Datenschutzschulung

Regelmäßige Durchführung einer Datenschutzschulung für die Mitarbeiter

Sonstige Sensibilisierungsmaßnahmen: _____

5. Ablagekontrolle

Geeignete Aufbewahrungsmöglichkeiten für Unterlagen und Medien (z.B. Aktenschränke, Verschließen der Bürotür bei – kurzzeitigem – Verlassen des Büros)

6. Auftragskontrolle

Dokumentation über den Abschluss von Auftragsverarbeitungsverträgen (nur bei Unterauftragung)

7. Datenvernichtungskontrolle

Datenschutztonne für Papiermüll
 DIN-gerechter Papierschredder
 DIN-gerechte Medienträgervernichtung

Sonstige: _____

Technische Maßnahmen (Zutreffendes bitte ankreuzen bzw. ergänzen):

1. Systemzugriffskontrolle

Verwaltung von Berechtigungen
 Dokumentation von Berechtigungen
 VPN (Virtual Private Network) Nutzung bei Zugriff von außerhalb

Sonstige: _____

2. Systemzugangskontrolle

Individueller Log-In und Kennwortverfahren

Automatische Sperrung der Clients (Zeitablauf / häufige Fehlanmeldung)

Automatische Bildschirmsperre

Kein Zugang auf internes Netzwerk in öffentlichen Bereichen (Ausnahme: VPN)

Firewall und Virens Scanner

Sonstige: _____

3. Trennungskontrolle

Getrennte Ablage von Mandanten / Kunden bzw. von Arten von Betroffenen

Sonstige: _____

4. Übermittlungskontrolle

Verschlüsselung der Kommunikation (z.B. bei E-Mails)

Sonstige: _____

5. Verfügbarkeitskontrolle

Back-Up Verfahren

Spiegeln von Festplatten

Sonstige: _____

Anlage 4 (Zu Ziffer 9: Liste der Unterauftragnehmer)

Firma Unterauftragnehmer	Anschrift/Land	Leistung